

Zusammenfassung des Artikels „Ultra posse nemo obligatur: Grenzen und Möglichkeiten der Geldpolitik“ von Fritz Helmedag:

Angesichts der seit Ende 2021 relativ hohen Inflationsraten über der Zielmarke von 2 % mehren sich die Stimmen, die eine Abkehr von der nach der Finanzmarktkrise 2008 betriebenen „ultralockeren“ Geldpolitik fordern. Kritiker drängen stattdessen auf eine „Normalisierung“ der monetären Steuerung, um so für Preisstabilität zu sorgen. Jedoch greifen die tradierten Instrumente entweder nicht oder sie wirken sogar kontraproduktiv. Tatsächlich spiegeln die realen Lohnstückkosten das Produktionspreisniveau wider. Gesamtwirtschaftlich entspricht diese Größe der auf das Bruttoinlandsprodukt bezogenen Lohnquote, die sich länder- und jahrzehnteübergreifend auf ziemlich genau 50 % beläuft. Eine elementare Modellanalyse deckt die Bestimmungsgründe dieser erstaunlichen Konstanz auf. Da die vermeintlichen Währungshüter grundsätzlich weder den identifizierten Indikator der Kerninflation noch die Preise für Energie und Lebensmittel regulieren können, sollten sie von der Verantwortung für Kaufkraftstabilität entbunden werden. Vielmehr rückt eine ursprüngliche Funktion der Zentralbanken wieder in den Fokus: die Staatsfinanzierung. Allerdings weist diesbezüglich die „Modern Monetary Theory“ gravierende analytische und empirische Mängel auf, die den Entwurf praktisch unbrauchbar machen. Ungeachtet dessen begünstigt eine „akkommodierende“ Geldpolitik eine funktionelle Fiskalpolitik.

(Bezugsquelle des gesamten Hefts als auch der einzelnen Beiträge:

<https://shop.welttrends.de/e-journals/2022-neue-geldpolitik.>)